

ROTISBONA

DIE LINKE Kreisverband Regensburg – Bürgerinfos – November 2010

... und kein Ende

ATOM

Im kommenden Jahr werden die Strompreise steigen. Schuld daran seien die hohen Einspeisevergütungen für Solarstrom.

Wer jetzt aber über die EEG-Umlage (das Erneuerbare-Energien-Einspeisegesetz) klagt, übersieht, dass die Stromkonzerne aus dem Emissionshandel Extraprofiten in Milliardenhöhe einstreichen. Würde die Bundesregierung diese Gewinne abschöpfen, könnte sie damit die Energiewende sozial abfedern und die Preise stabiler halten.

Die großen Stromversorgungsunternehmen fahren seit Einführung des Emissionshandels im Jahr 2005 satte Extra-Gewinne ein. Die Preiseffekte des CO₂-Handels an den Strommärkten bescheren ihnen leistungs- und risikolose Sondergewinne zwischen vier und sieben Milliarden Euro jährlich. Das Volumen wird insbesondere mit den Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke weiter steigen. Alleine e.on erhöhte im vergangenen Jahr 2009 ihre Gewinne um 554,4 % auf 8,4 Mrd Euro. Saldiert bleiben den Konzernen zwischen 42 und 73 Milliarden Euro. Die Extra-Gewinne der Kohlekraftwerksbetreiber sind hier noch gar nicht eingerechnet. Bezieht man noch mit ein, dass Deutschland eine enorme Menge Stromüberschuss ins Ausland verkauft, machen gerade diese Tatsachen die Laufzeitverlängerungen der hiesigen Atomkraftwerke zusätzlich zu den ökologischen Risiken so bitter: wir könnten sofort auf ein paar AKWs verzichten.

Zwei davon stehen in der unmittelbaren Nähe von Regensburg: Ohu 1 und 2 befinden sich nur 50 Kilometer Luftlinie von Regensburg entfernt. Gerade das ältere der beiden Atomkraftwerke ist in die Jahre gekommen. Der 1977 ans



MdB Komelia Möller (re.) / Foto: DIE LINKE

Netz gegangene Siedewasserreaktor gehört zur gleichen Baureihe wie die Schrottreaktoren Krümmel und Brunsbüttel, die schon mehrere bedeutende Störfälle erlebten und immer wieder vom Netz genommen werden mussten. Beide wären nach dem Atomkompromiss in Kürze abgeschaltet worden.

1988 stürzte nur 2 km vor dem Kraftwerkskomplex südöstlich von Ohu ein Mirage-Kampfflugzeug in einen Wald. Atemberaubend, wenn man bedenkt, dass die Gegend durchaus noch als erweiterte Einflugschneise zum naheliegenden Flughafen München anzusehen ist und das Kraftwerk solchen Abstürzen ob der geringen Wandstärke wohl nicht standhalten würde.

Seit Bekanntwerden der Änderung des Atomkompromisses von rot-grün und der damit verbundenen Verlängerung der Laufzeiten vor einigen Wochen beginnt sich allerdings im

Land eine Protestbewegung zu sammeln und aktiv zu werden. Zu Hauf gehen die Menschen wieder auf die Straße, werden regelmäßige, gut besuchte Mahnwachen bei Ohu abgehalten und das Thema wieder stärker diskutiert.

All dies kann bewirken, dass dieser allzu durchsichtige Coup der großen Stromkonzerne mit der schwarz-gelben Bundesregierung nicht so leicht aufgeht wie erhofft und der Beschluß der Regierung vielleicht sogar zurückgenommen werden muss. (Forts. Seite 3)

Unwürdiges Kasperltheater von Seiten der Stadt: FOS/BOS

Die Stadt Regensburg baut lieber Stadien als notwendige Schulgebäude. SchülerInnen sind teils in Räumen untergebracht, deren Asbestbelastung seit spätestens 2001 bekannt ist.

Von Irmgard Freihoffer, Stadträtin

In einem Gutachten im Auftrag der Stadt aus dem Jahr 2001 heißt es, dass das Gebäude der BOS im Zieglerweg aus asbestbelasteten Fertigteilen aus den 70er Jahren besteht und diese schon „seit 1992 unter Beobachtung stehen“. Es wurden Sanierungsmaßnahmen empfohlen, unter der Voraussetzung, dass mittelfristig – in einem Zeitraum von etwa fünf Jahren – ein Neubau geplant wird.



Nun haben wir bald 2011 – und mit der Planung wurde noch nicht begonnen. 10 Jahre Herumwursteln und ständiges Verschieben eines immer wieder beschlossenen Baubeginns!

Die Stadtspitze wollte das Problem mit dem Platzmangel an FOS und BOS durch eine Begrenzung der Schülerzahlen umgehen. Dazu stellte das Kultusministerium in zwei Schreiben vom 29.02.2008 und 10.03.2010 unmissverständlich klar, dass „eine Sonderung nach dem Wohnort der Schülerinnen und Schüler bzw. ihrer Erziehungsberechtigten zu unterbleiben hat“. (Forts. Seite 2)

DIE LINKE.
www.dielinke-regensburg.de

Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland

Aktuelle Situation	Forderungen DIE LINKE .
Zwei-Klassen-Medizin	Zuzahlungsfreie, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung
Armut macht krank	Gesundheitsförderung und Prävention in der Gesellschaft verankern. DIE LINKE kämpft gegen soziale Ungerechtigkeit. Wir wollen gesundheitsförderliche Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen für alle Menschen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Sozial-, Wohnungs-, Umwelt-, Kinder- und Familienpolitik aufeinander abgestimmt werden.
Versorgung zersplittert und verkrustet: tiefe Gräben zwischen ambulanten und stationären, therapeutischen und pflegerischen Bereichen	Für eine ganzheitliche und integrierte Versorgung. Für Die Linke gilt: Das Gesundheitssystem muss in allen Bundesländern uneingeschränkt auf hohem medizinischen und pflegerischem Niveau der bedarfsgerechten, flächendeckenden und wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und mit seinen Leistungen allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen Situation zur Verfügung stehen.
Versorgungslücken auf dem Land und in sozialen Brennpunkten der Städte	Für eine wohnortnahe, flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung
Kommerzialisierung und Privatisierung von Krankenhäusern	Krankenhäuser bedarfsgerecht und solide finanzieren
Profit ohne Grenzen für die Pharmakonzerne	Für eine qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung
Pflege - vom privaten Geldbeutel abhängig	Pflege und Assistenz an Teilhabe und Bedarf ausrichten
Pflegenotstand, miese Arbeitsbedingungen	Gute Ausbildung – Gute Arbeit – Gutes Einkommen!
Kopfpauschale ist Systembruch	Für die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege

Gesundheit

... ist keine Ware!? Deutschland ist das einzige Land, in dem neben der gesetzlichen Krankenversicherung eine private Krankenvollversicherung für ca. 10 Prozent der Versicherten existiert.

Zwischen gesetzlich und privat Versicherten wurden über Jahrzehnte Unterschiede in der medizinischen Versorgung herausgebildet, die die privat Versicherten deutlich bevorzugen. Die Einführung von Hartz IV und die Gesundheitsreformen im letzten Jahrzehnt mit den vielfältigen Leistungsausgrenzungen für gesetzlich Krankenversicherte haben zu Unterschieden zwischen denjenigen Krankenversicherten geführt, die sich die Zuzahlungen leisten können und jenen, die auf Arztbesuche auf Grund der Kosten verzichten müssen.

Für das Jahr 2010 schätzt das Statistische Bundesamt den Umfang der Zuzahlungen, die allein von den Versicherten zu tragen sind, auf 4,9 Milliarden Euro. Die Folge: Besonders Patientinnen und Patienten mit geringem Einkommen scheuen zunehmend den Arztbesuch, Rezepte werden nicht eingelöst, Therapien werden nicht begonnen oder frühzeitig abgebrochen. Arme Menschen in Deutschland können sich bereits heute ihre Behandlung kaum leisten. (sk)

Unwürdiges Kasperltheater ... (Forts. von Seite 1)

Entgegen den Anweisungen des Kultusministeriums stellte man die zusätzlich benötigten Räumlichkeiten in der Landshuterstr. 17, wie von den Linken-Stadträten im Mai dieses Jahres beantragt, in der Schulausschusssitzung im Juli nicht zur Verfügung. Stattdessen forderte man vom Schulleiter bzw. dem zuständigen Ministerialbeauftragten, Schüler abzuweisen.

Die Situation spitzte sich zu Beginn dieses Schuljahres enorm zu: Unterricht musste in Schichten und wie bereits im vergangenen Schuljahr in nur durch dünne Faltwände getrennten Räumen stattfinden. Zwar gewährte man nun Ende September Räumlichkeiten in der Landshuterstr. 17, entsprechende Chemieräume fehlen jedoch nach wie vor. Trotz der unerträglichen Situation der auf vier Häuser (!) verteilten Schule wurde kürzlich im Schulausschuss erneut ein Vorziehen des Baubeginns abgelehnt, frühestens könne man Ende 2013 beginnen, so die Koalition.

Die Inhalte der oben genannten kultusministeriellen Schreiben, die die Stadt deutlich auf ihre Pflichten hinweisen, wurden dem Stadtrat vorenthalten.

Tatsache ist: Die Stadt steht grundsätzlich in der Pflicht, den Sachaufwand und damit die Räumlichkeiten, die eine Schule braucht, zur Verfügung zu stellen. Ebenso ist es ihre Pflicht, für die benötigten Schulneubauten, die staatlich bezuschusst werden, zu sorgen. Nach 40-jähriger Mehrhäusigkeit und lang bekannter Schadstoffbelastung ist es unstrittig, dass unverzüglich eine einhäusige Schule gebaut werden muss!



Ein Sozialticket für Regensburg – heute wichtiger denn je

Der Kreisverband Die Linke Regensburg unterstützte die Veranstaltung der Sozialen Initiativen am Donnerstag, den 07.10.2010 im Brandlbräu in Regensburg für die Einführung eines Sozialtickets in Regensburg.

Zu Gast war die Sprecherin der Leipziger Initiative „Leipzig hat ein Sozialticket“, Frau Petra Weißfuß. Sie berichtete über den ca. dreijährigen Kampf für ein Sozialticket in Leipzig und zeigte Wege auf es durchzusetzen. Leipzig hat seit ca. einem Jahr ein Sozialticket, vorerst zwei Jahre auf Probe. Dabei ist laut Frau Weißfuß Leipzig die Stadt mit der höchsten Armendichte Deutschlands. Besonders die Zahl der sogenannten Niedriglöhner sei dort besonders groß. Das Wichtigste in so einem Projekt sei die Unterstützung durch die Bürger. Die Initiative hatte bei 500.000 Einwohnern 20.000 Unterschriften gesammelt und über 60 Organisationen für sich gewonnen.

Das monatliche Sozialticket kostet 26 Euro, das ist die Hälfte einer regulären Monatskarte. Die Berechtigung zum Erhalt eines Sozialtickets belegen die Bürger mit dem Leipzig Pass. Da der Erwerb auf diesem Wege völlig unbürokratisch ist, fand das Ticket regen Anklang. Von 80.000 Berechtigten haben bisher bereits 17.000 ein Ticket erworben. Sie berichtet außerdem, dass ca. zwei Drittel Stammkunden sind, aber auch ein Drittel Neukunden gewonnen werden konnten, die den Stadtwerken zusätzlich Gewinne einbringen.



Laut einem Bericht von Oberbürgermeister Schaidinger sind in Regensburg die Einnahmen durch Lohnsteuer bei höherer Beschäftigung gesunken. Das bedeutet, dass die Beschäftigungen im Niedriglohnssektor gestiegen sind. Die Sozialen Initiativen rechnen für Regensburg mit 8.000 Berechtigten. Im Stadtrat wurde eine Probephase abgelehnt mit der Begründung, dass die Kosten zwischen 345.000 und eine Million jährlich liegen sollen. Laut Schätzung der Sozialen Initiativen und Der Linken sind sogar die 345.000 zu hoch angesetzt. Der Preis für ein Sozialticket in Regensburg soll 10 Euro für Bedürftige betragen und ein Euro für Flüchtlinge. Den Arbeitslosen in Regensburg steht nur ein Beförderungsgeld von 15,68 Euro im Monat zu, den Asylbewerbern 40 Euro Taschengeld. Die günstigste Monatskarte kostet bisher 31 Euro beim RVV. Der RVV Geschäftsführer Karl Raba sagt, dass der Stadt ein Angebot vorgelegt wurde und man nun auf Antwort warte.

Mobilität ist heute eine Grundvoraussetzung für die allermeisten Formen gesellschaftlicher Teilhabe. Laut Angaben der ARGE Regensburg sind knapp 2.700 Harz IV-Empfänger unter 18 Jahre. Weitere 1.100 sind zwischen 18 und 26 Jahren. Es liegt in unserer Verantwortung diesen jungen Menschen die Chance auf eine bessere Zukunft zu ebnen. Auf der Suche nach einer Arbeits- oder Ausbildungsstelle ist heute Mobilität unabdingbar. Dazu kommt, dass es gerade für Bürger in Notsituationen außerordentlich wichtig ist, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. In einer Stadt wie Regensburg, in der es wirtschaftlich besser läuft als in anderen deutschen Städten, muss ein Sozialticket selbstverständlich sein.

Atom und kein Ende *(Forts. von Seite 1)*

Merkel und Co. stehen für einen anderen Kurs, einen verstrahlten. Die Risiken sind gewaltig. Die BRD könnte die Chancen aus dem geplanten Atomausstieg nutzen und eine Vorreiterrolle für den Wandel zu den erneuerbaren Energieformen spielen. Klima und Wohlstand aller hätten gedankt. Durch den neuen Kurs Merkels aber verspielen wir diese Chancen eklatant.

DIE LINKE meint: Nur wenn wir Macht und Einfluß der Stromgiganten bekämpfen, haben wir eine Chance auf eine zukunftsfähigere Energieversorgung. Eines unserer Ziele bleibt, die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum zu überführen und einer demokratischen Kontrolle zu unterstellen. Das Energiekartell muss entflochten, die Energieversorgung weitgehend rekommunalisiert und die Energiemonopole schrittweise aufgelöst werden. Schritte dorthin dürfte eine angemessene Besteuerung von den enormen Gewinnen sein. (bo)

Es gibt auch privat die Möglichkeit was zu tun: Wechseln sie den Stromanbieter, wählen Sie einen zertifizierten Ökostromanbieter!

www.campact.de/atom2/home – www.mahnwache-isar1.de/

abgeschrieben



www.save-me-regensburg.de

„Aufgrund der massiven Abschottungspolitik seit Anfang der 1990er Jahre ist die Zahl von Asylsuchenden sehr gering geworden. Die restriktive Asyl- und Flüchtlingspolitik wurde häufig damit begründet, dass gerade die deutsche Bevölkerung nicht zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit sei. Wir wollen mit der SAVE ME-Kampagne das Gegenteil beweisen. (...)“

Wir wollen, dass unsere Stadt pro Tausend Einwohner einen Flüchtling aufnimmt. (...)“

In der ersten Phase der Kampagne wollen wir ein Netzwerk von ehrenamtlichen 'Botschafterinnen' und 'Botschaftern' aufbauen, als persönliche UnterstützerInnen für die Flüchtlinge, die in unseren Städten aufgenommen werden sollen. Menschen, die BotschafterInnen werden wollen, können sich auf der Kampagnen-Homepage mit Bild und Text eintragen ...“

Impressum

ROTISBONA ist die Zeitung der Partei DIE LINKE. Regensburg.

Herausgeber

DIE LINKE. Regensburg
Kreisvorstand
Obermünsterstr. 4
93047 Regensburg
Telefon: 0941-567 6005
Fax: 0941-378 08 810
info@dielinke-regensburg.de
www.dielinke-regensburg.de

Bürozeiten

Donnerstag 16:00 - 18:00 Uhr

Redaktion

Bernhard Ostermeier (bo,
V.i.S.d.P.), Christine Fabritius
(cf), Irmgard Freihoffer (if), Richard Spieß (rs), Sabine Komm
(sk)

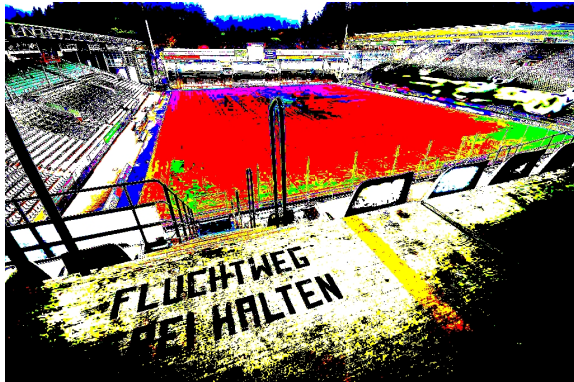
Copyright

Bilder, Fotos: DIE LINKE/ privat

Ein Stadion für den Profifußball?

Warum braucht Regensburg ein neues Stadion? Diese Frage ist erst einmal einfach zu beantworten. Von Richard Spieß, Stadtrat

Der Deutsche Fußball Bund (DFB) macht Auflagen für die dritte Liga, die im Jahnstadion an der Prüfeninger Straße nur sehr schwer umsetzbar sind. Das wäre auch nicht weiter tragisch, wenn der DFB auch die Finanzierung sichern würde. Leider ist es aber nicht so. Die Gelder, die aus dem milliardenschweren DFB-Topf an die Vereine der dritten Liga fließen, reichen nicht einmal, um den



Verein zu finanzieren – und schon gar nicht, um ein Stadion mit 15.000 Plätzen zu bauen.

Was bedeutet, dass die Stadtspitze über verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung eines Stadions nachdenkt.

Die Investorenlösung (PPP-Modell) – Die Stadt lässt das Stadion von einem privaten Investor bauen, um es an den Verein zu vermieten. Da aber kein Investor das Risiko eingehen

und einen Mietvertrag mit dem Jahn abschließen wird, wäre die Stadt der Mieter. Und ein Investor wird nur dann zu finden sein, wenn man einen langfristigen Mietvertrag anbietet, der Zinsen und Erträge enthält und durch die Stadt garantiert wird. Was bedeutet, dass die Stadt die Stadionmieten auch dann zu bezahlen hat, wenn der Jahn Regensburg keine oder nur geringe Mieten bezahlen kann. Die jährlichen Mietkosten sind noch nicht beziffert worden, aber es geht hier in jedem Fall um eine siebenstelligen Summe, denn es kommen auch noch Unterhaltskosten (Strom, Abwasser, Gas, etc.) hinzu. Jedes Jahr und das Jahrzehnte lang.

Eine städtische Tochter baut das Stadion – In der Mittelbayerischen Zeitung vom 08.10.2010 wird Christian Schlegl mit den Worten zitiert: „Diese Variante hätte viel Charme“, „der städtische Haushalt würde nicht weiter belastet“. Wenn aber die Stadtwerke (SWR) das Stadion bauen, werden sie das nötige Kapital auf dem Kapitalmarkt aufnehmen müssen, was erhebliche Zinszahlungen nach sich zieht. Den städtischen Haushalt belastet das in jedem Fall, denn für entstehende Verluste muss die Stadt aufkommen. Entweder die Stadt mietet das Stadion von den SWR und zahlt so aus dem Haushalt jährlich einen Millionenbetrag, oder die Stadt gleicht die Verluste der SWR aus. Christian Schlegls Traum vom nicht belasteten Haushalt wird nicht in Erfüllung gehen. Der Jahn Regensburg wird sich eine kostendeckende Stadionmiete nicht leisten können. Es sei denn, man macht es wie beim Eisstadion, wo die Vereine für die Benutzung horrenden Mieten bezahlen, die sie vom Sportamt dann als Sportförderung wieder bekommen. Im Haushalt 2009 schlägt der Zuschuss an die Vereine für die Benutzung der Donauarena mit 395.000,- Euro zu Buche.

Eine rein städtische Finanzierung – Diese Lösung wäre die mit der größten Transparenz. Das Risiko trägt aber auch in diesem Fall die Stadt Regensburg alleine, und die Finanzierungskosten, sowie der laufende Betrieb des Stadions würden den Haushalt der Stadt erheblich belasten.

Schon jetzt ist klar, dass eine Kalkulation, die davon ausgeht, dass der Jahn Regensburg Miete in relevanter Höhe zahlen kann, unseriös ist. Die Vereine der dritten Liga hängen ausnahmslos am Tropf der öffentlichen Hand. Wie groß das jährliche Defizit ausfallen wird, ist zwar offen, aber es wird erheblich mehr sein als der Bürger, wenn er denn ehrlich informiert ist, bereit ist auszugeben.

Die Einnahmen aus dem Verkauf der Flächen des jetzigen Stadions werden nicht viel einbringen, denn den Großteil dieses Geldes werden wir für die Erschließung wieder ausgeben. Die, die dabei gut verdienen werden, sind die Investoren, die dieses Filetstück bebauen.

Solange der DFB den Vereinen der dritten Liga nur Krümel von den Milliardeneinnahmen aus dem Profifußball zugesteht, werden diese Vereine nicht aus ihrer prekären Lage herauskommen. Es ist aber auch nicht die Aufgabe des Steuerzahlers, und schon gar nicht der Kommunen, mit ihren immer knapperen Mitteln, einen hochprofitablen Profisportbereich zu subventionieren, so dass Einzelpersonen jährlich Millionen auf dem Rücken der Allgemeinheit verdienen. Fördern wir mit dem Geld lieber den Amateursport und die Bildung, wo hervorragende Arbeit, vor allem im Jugendbereich geleistet wird und jeder Euro für die Gesellschaft hoch rentabel angelegt ist.

**Sozialkassenschlag
stoppen! DIE LINKE.**
Alles zum Sparpaket der Bundesregierung
-> www.die-linke.de



“Im Zuge der Neuregelung der Hartz IV-Sätze prüft man ihre Kopplung an Renten, Löhne oder die Inflationsrate. Eine Kopplung an die Rendite der Deutschen Bank ist nicht im Gespräch.” Ove Lih, Eulenspiegel 9/2010

Termine

16.11. **Wie Steueroasen unser Gemeinwesen aushöhlen**
Ausstellungseröffnung "Räume der Offshore-Welt" • *EBW*¹⁾

23.11. **Der große Krach**
Vortrag Prof. Dr. Elmar Altvater • *EBW*

24.11. **Marx - Revolutionär oder Anatom d. Kapitalismus?**
Prof. Georg Fülberth • Brandl-Bräu • *SDS*²⁾

25.11. **Was war welche Linke?**
Prof. Wolfgang Eßbach • Brandl-Bräu • *SDS*

30.11. **Gerechtes Wirtschaften**
Vortrag Prof. Dr. Ulrich Duchrow
EBW

02.12. **Radikale Demokratie – Räte als Alternative**
Prof. Klaus Weber • Brandl-Bräu • *SDS*

07.12. **Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts**
Vortrag Prof. Dr. Heiner Flassbeck • *EBW*

14.12. **In der Krise lernen**
Vortrag Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ • *EBW*

¹⁾ *EBW* – Ev. Bildungswerk - Am Ölberg 2, Regensburg - www.ebw-regensburg.de

²⁾ *SDS* – Sozialist.-demokr. Studierendenverband - www.sds-regensburg.de

**Arbeitslosigkeit:
Die wahren Zahlen!**
-> www.die-linke.de

**Sozialismus Stadtrat
Programm Gesundheit
Reichtum Asyl Hartz IV
Migration DIE LINKE.
Kultur Krieg Atomkraft**

Diskussion?! linke-r.de/forum/